Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 11-12

Artikel: Weltrundschau : falsche Fronten ; "Nicht vom Brot allein" ; Frankreich - Kleineuropa ; Der Zug zur Diktatur ; Sozialismus - nicht mehr nötig? ; Verwirrung und Schwäche ; Sozialismus - erst recht nötig

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140305

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

scher Schau recht würdigen, wobei – das wurde im Anschluß an Berdiajew und Ragaz gezeigt – die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Guten und denjenigen des Bösen nicht in einem einmaligen Endkampf erfolge, sondern in einer zunehmenden Verschärfung der Gegensätze, die all die widergöttlichen Mächte zu voller Offenbarung bringe und so ihre Überwindung vorbereite.

In der lebhaften Aussprache, die eine Reihe von Erscheinungen der heutigen Weltlage beleuchtete, wurde diese Geschichtsauffassung von nichtchristlicher Seite – vom Marxismus und ähnlich vom Humanismus her – abgelehnt, so daß sich ein ebenso freundschaftliches wie fruchtbares Gespräch ergab, das hoffentlich ein anderes Mal fortgesetzt und vertieft werden kann.

Am Sonntagvormittag hatten wir die Freude, zuerst dankbar einen ergreifenden dichterischen Gruß von Frau Margarete Susman zu hören, die es sich trotz ihrem hohen Alter und ihrer körperlichen Behinderung nicht versagt hatte, als eine unserer treuesten Freundinnen zu uns zu kommen. Danach entwarf uns Herr René Bovard aus Genf, der vielverdiente Friedenspionier, ein überaus fesselndes Bild von der «Schweiz im Atomzeitalter». Die Leser finden das Wesentliche des Vortrages in diesem Heft der «Neuen Wege». Die geistvolle, lebendige Art, in der er zu uns sprach, verfehlte nicht, eine sehr rege Diskussion zu entfachen, die bis in den späteren Nachmittag hinein dauerte. So durfte unsere Präsidentin, Sofie Zoller, die die Tagung umsichtig vorbereitet hatte, am Schluß mit Genugtuung auf dieses Zusammensein zurückblicken, aus dem wir alle Gewinn und neue Kraft zur Weiterarbeit geschöpft haben. *bk.*

WELTRUNDSCHAU

Falsche Fronten Wiederum neigt sich ein Jahr seinem Ende zu, ohne daß dem «kalten» Krieg Einhalt getan worden wäre. Wiederholt schien es sogar, als werde er in den gefürchteten «heißen» Krieg umschlagen, besonders auf dem Höhepunkt der Krisen im Mittleren und Fernen Osten. Die Gefahr ist zwar wieder vorbeigegangen, aber wer könnte sich dabei wirklich beruhigen? Das Widersinnige ist dabei, daß die Aufstellung der beiden feindlichen Machtlager in militärischen Fronten gar nicht ihrem wirklichen Gegensatz entspricht. Die Führer des Westlagers – man muß unermüdlich darauf hinzeigen – wissen ja nur zu gut, daß der «freien» Welt von der Sowjetunion und von China kein kriegerischer Angriff droht, der nur durch höchstgesteigerte Rüstungen, besonders in Gestalt von Atomwaffen, abgewehrt werden könne. Eine solche Gefahr wird den Völkern nur vorgespiegelt, weil die herrschende Schicht in den

Westländern daran glaubt, daß einzig eine Politik militärischer Bedrohung die wirtschaftlich-soziale Ausbreitung des Kommunismus auf neue Länder und Erdteile verhindern und das kommunistische Regime in Osteuropa und Ostasien selbst zum Einsturz bringen könne. Walter Lippmann sagt es in der «New York Herald Tribune» (12. November) ganz deutlich: «Wir würden uns selber täuschen, wenn wir nicht erkennten, daß die Hauptstärke der kommunistischen Staaten nicht in ihrer unterirdischen Tätigkeit liegt, sondern in der Kraft ihres Beispiels, in der sichtbaren Darstellung dessen, was die Sowjetunion innerhalb von vierzig Jahren und was Rotchina innerhalb von zehn Jahren erreicht hat.» Dem Mißtrauen der Sowjetunion gegenüber dem Westen liege die Überzeugung zugrunde, die westlichen Länder wollten «nicht zulassen, daß Rußland und China die Revolution zu Ende führen, die in Asien und Afrika im Gang ist. Die kommunistischen Länder sind fest überzeugt, daß sie die Vorherrschaft in Asien und Afrika gewinnen werden, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß sie einen Krieg vermeiden, der alles, was sie wirtschaftlich erreicht haben, zerstören würde.»

Der neue Wirtschaftsplan der Sowjetunion gibt dieser Überzeugung vermehrte Nahrung. Die Ziele, die er sich für die sieben Jahre von 1959 bis 1965 setzt, sind zwar an sich nicht besonders hoch gesteckt: Steigerung der industriellen Produktion um 80 Prozent, der landwirtschaftlichen um 70 Prozent, gegen 85 Prozent, um die sich unter dem fünften Wirtschaftsplan die industrielle Produktion in nur fünf Jahren (1951 bis 1955) erhöht hat. Aber das würde nach der Meinung der Sowjetführung doch genügen, um die Wirtschaft der Vereinigten Staaten bis 1965 fast auf allen Gebieten zu überflügeln und die Produktion der Sowjetunion je Kopf der Bevölkerung über die amerikanische Wirtschaftsleistung hinaufzubringen. Chruschtschew glaubt so, daß «die sozialistischen Länder (eingeschlossen China) im Jahr 1965 mehr als die Hälfte der industriellen Produktion der Welt herstellen werden. Damit wird in kurzer Zeit die unbedingte Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems über das kapitalistische in der Erzeugung der materiellen Güter, also auf dem entscheidenden Gebiet menschlicher Tätigkeit, erreicht werden». Vor allem sollen die Erträgnisse der sowjetischen Landwirtschaft mächtig gesteigert werden, was die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter um 40 Prozent erlauben würde. Gleichzeitig sollen in den Städten 15 Millionen und auf dem Land 7 Millionen neue Wohnungen gebaut werden – ein wesentlicher Beitrag zur Behebung der großen Wohnungsnot in der Sowjetunion.

Es ist begreiflich, daß diese Aussicht – zusammen mit der sprunghaften Entwicklung der chinesischen Wirtschaft – die westlichen Machthaber nicht wenig erschreckt. Durch Erfahrung gewitzigt, haben sie es aufgegeben, die Wirtschaftspläne der kommunistischen Staaten als Bluff zu bezeichnen. Anstatt aber den Wettbewerb mit

dem Osten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, in friedlicher Koexistenz, mit verdoppelter Kraft aufzunehmen, forcieren sie nur um so mehr das militärische Wettrüsten, in der Meinung, auf diesem Feld eher siegen und damit auch die Wirtschaftskonkurrenz des Ostens schlagen, ja ausschalten zu können. So gesehen, erwecken all die «Abrüstungsbemühungen» des Westblocks wenig Vertrauen; auch von den gerade jetzt in Gang befindlichen, sich mühsam hinschleppenden Genfer Konferenzen – der politischen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und der technischen über die Verhinderung von Überraschungsangriffen – ist nicht viel zu erwarten, solange die Grundeinstellung der Westmächte so bleibt, wie sie seit der großen Wendung der amerikanischen Politik, also seit Roosevelts Tod und Trumans Atombombenspekulation, ist.

Lippmann rät den Washingtoner Verantwortlichen zwar, sie sollten «die Vorstellung fahren lassen, daß die russische und die chinesische Revolution rückgängig gemacht werden könnten» und daß die Ausbreitung des Kommunismus durch Errichtung von Militärstützpunkten und Waffenlieferungen an antikommunistische Machthaber eingedämmt werden könne; aber man kann mit dem besten Willen keine Anzeichen erkennen, daß diesem guten Rat irgendwie Folge geleistet werde. Auch die jüngsten amerikanischen Wahlen werden keine Wendung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bringen, so viel Kritik an der Kriegsspielerei des Außen- und Wehrmachtsministeriums im Volke selbst und in der siegreichen Demokratischen Partei geübt wird. Die überraschend schwere Niederlage, die die noch formal herrschende Republikanische Partei bei den Parlaments- und Gouverneurswahlen erlitten hat, dürfte zwar Herrn Dulles und seine Hintermänner etwas zur Vorsicht mahnen; da sie aber vorwiegend doch innenpolitische Ursachen hat – Wirtschaftsstockung, Arbeitslosigkeit, Farmernot usw. –, wird eben mindestens bis zum Ausscheiden Eisenhowers die Weltpolitik der Vereinigten Staaten die gleiche bleiben wie bisher, mit der Gefahr, daß der Sturz in den Abgrund, den Mr. Dulles – wie er sich rühmt – bisher immer wieder vermieden hat, eben doch einmal geschieht . . .

„Nicht vom Brot allein" Mit dem Wirtschaftsproblem werden die kommunistischen Staaten gewiß fertig werden, sofern man sie in Frieden läßt. Ob auch mit dem Freiheitsproblem? Der Mensch lebt ja nicht vom Brot allein, nach dem Bibelwort, das Dudinzew, der sowjetische Schriftsteller, zum Titel seines vielgelesenen, so schön menschlichen Romans gemacht hat. Die sozialistische Planwirtschaft erhält ihren Sinn und ihre Lebenskraft erst, wenn sie einem von Gewinnsucht und Genußgier, Unterdrückung und Unduldsamkeit freien Gemeinschaftsleben dient. Und hier haben eben die kommunistisch regierten Länder noch sehr, sehr viel zu lernen. Man sah das wieder an dem Fall von Dudinzews unglücklichem

Kollegen Boris Pasternak. Ich kenne dessen «Doktor Schiwago» bisher nur aus Besprechungen in westlichen Zeitschriften. Aber auch wenn man ruhig zugibt, daß dieses Buch den Trägern und Verherrlichern des Regimes sehr «auf die Nerven gehen» mußte, weil es die verheerenden seelischen Wirkungen der Gewaltrevolution fühlen läßt, so rechtfertigt das doch niemals die maßlosen Beschimpfungen und Verleumdungen, deren Zielscheibe Pasternak war, nicht seine brutale Ausstoßung aus dem Schriftstellerverband, nicht seine wirtschaftliche Ruinierung durch die Literatur- und Parteibonzen. Das bleibt eine Schande für das Regime! Nur wollen wir dabei nicht übersehen, daß die Ratgeber der schwedischen Akademie der Wissenschaften, die Pasternak den Nobelpreis für Literatur zusprach, in dem Dichter vor allem den Antikommunisten sahen (mit Unrecht freilich) und wahrscheinlich bewußt einen Akt des «kalten» Krieges begingen, als sie gerade ihn zur Auszeichnung vorschlugen. Sie forderten damit die gewalttätigen Abwehrinstinkte der Russen mutwillig heraus und gaben den Feinden der Geistesfreiheit in der Sowjetunion wieder einmal eine Waffe in die Hand, die sie rücksichtslos zu führen verstanden. Das alte Spiel! Gewaltgeist und Feindseligkeit gegen die Sowjetunion im Westen – Gewaltgeist und diktatorische Unduldsamkeit als Antwort im Osten! Und das heißt, daß der Westen selbst entscheidend zum Abbau der von ihm so leidenschaftlich angeklagten Diktatur im Osten beitragen könnte, wenn er endlich die soziale Revolution im Osten als eine geschichtliche Notwendigkeit anerkennte, an deren gewalttätigen Formen er selbst die größte Schuld trägt.

Das gilt – wie hier seit zwei Jahren immer wieder gezeigt wurde – auch für Ungarn. Was hilft es, über die Einstimmigkeit zu höhnen, mit der das ungarische Volk bei den kürzlichen Wahlen das Regime Kadár bestätigt hat, wenn man nur darauf lauert, dieses Regime und seine sowjetischen Stützen bei der nächsten Gelegenheit gewaltsam zu zerschlagen? Je stärker der Druck von außen, desto stärker der Gegendruck von innen!

Ähnliches muß man von der Deutschen Demokratischen Republik sagen, die im Westen fast nur als «Sowjetzone», als «Regime Pankow» bezeichnet wird, obwohl die westliche Bundesrepublik mit kaum weniger Recht «amerikanische Zone» genannt werden kann und der Sitz der DDR-Regierung gar nicht im Berliner Stadtteil Pankow steht. Gewiß, die sozusagen hundertprozentige Wahl von Jasagern in die Volkskammer täuscht niemanden darüber hinweg, daß die erdrückende Mehrheit der Ostdeutschen die Ulbricht, Grotewohl und Konsorten lieber heut als morgen loshätte. Die Fassade der Einstimmigkeit kann nur – wenn auch mühsam genug – durch ein Zwangssystem aufrechterhalten werden, das mindestens 90 Prozent der Bevölkerung widerwillig, fast hoffnungslos, ertragen, dem sich aber Woche für Woche, Monat für Monat Hunderte und Tausende von Männern und Frauen durch die Flucht entziehen. Insbesondere der

Gesinnungsterror, die Gleichschaltung mit der amtlich vorgeschriebenen Weltanschauung, wird mit steigender Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Auch auf religiösem und kirchlichem Gebiet. In der DDR, so schreibt Rudolf Schade in der westdeutschen «Stimme der Gemeinde» (Nr. 6/1958) «ist der Atheismus an der gesamten inneren Front zum Angriff angetreten. Nachdem in den vergangenen Jahren von außen her immer wieder der Versuch unternommen wurde, die verwundbaren Stellen der Kirche herauszufinden, hat man jetzt davon abgesehen, sie frontal anzugreifen. Man hat wohl eingesehen, daß man nicht dem Gesamtorganismus zu Leibe gehen kann. Darum bemüht man sich jetzt, dem einzelnen die Zugehörigkeit zu diesem Organismus zu verleiden, und zwingt ihn mit Locken und Drohen, sich daraus zu lösen. Überall da, wo im Staatsgefüge Christen aufgespürt werden, die nicht bereit sind, das unscheinbare Weihrauchkorn auf dem Altar des Atheismus zu opfern, werden sie aus ihren Ämtern entfernt und zu minderen Diensten degradiert. Das ist auch früher schon in Einzelfällen geschehen. Jetzt aber werden planmäßig ganze Berufsgruppen und Stände davon betroffen. Es ist unmöglich, daß die Kirche hierzu schweigen kann, denn dieser Angriff richtet sich gegen die Substanz des christlichen Lebens und Daseins überhaupt.»

Aber der Verfasser warnt selbst eindringlich davor, den Kampf gegen den offiziellen Atheismus an der politischen Front, also in der Bundesgenossenschaft mit dem «christlichen» Westen, zu führen. Der Westen hat ja mit seinem Scheinchristentum wirklich die *ehrliche* Gottlosigkeit im Osten, auch in der DDR, selbst mitverschuldet. Und so hat er mit seiner Scheindemokratie auch die offene *Diktatur* im Osten mit auf dem Gewissen. Der Weg, auf dem er die Einigung Deutschlands herbeiführen will – «freie gesamtdeutsche Wahlen» –, ist darum von vornherein verfehlt. Diejenige Freiheit, die sich unter den gegenwärtigen Umständen bei solchen Wahlen ausleben könnte, wäre vor allem die Freiheit für die wüsteste antikommunistische Hetze und die hemmungslose Entfaltung der allbeherrschenden Propagandamittel der kapitalistischen, nationalistischen und militaristischen Kräfte, die zusammen mit einem überaus selbstbewußten und mächtig ins Kraut geschossenen Klerikalismus Westdeutschland regieren. Und das Ende wäre natürlich ein Gesamtdeutschland, das mit seinen 80 oder mehr Millionen Einwohnern das Gewicht des Westblocks mächtig verstärken und die Amerikaner bis an die polnische Grenze heranbringen würde. Daß sich die Sowjetregierung auf ein solches Abenteuer nicht einläßt, ist selbstverständlich. *So* geht es mit der «deutschen Einigung» wirklich nicht!

Es geht aber auch nicht so, wie sich das Moskau jetzt denkt: durch neuen Druck auf Westberlin und Übergabe der Verkehrskontrolle an die DDR, so daß die Westmächte von nun an mit ostdeutschen Beamten zu tun hätten, nicht mehr mit russischen, und vielleicht gar zur Anerkennung der Ostdeutschen Republik selbst veranlaßt würden.

Davon wollen ihrerseits die Westmächte nichts wissen, die künftig zwar mit ostdeutschen Kontrollorganen verhandeln müßten, aber die DDR nach wie vor als Luft behandeln und ihre Truppen erst recht in Westberlin stehen lassen würden, diesem unbezahlbaren Militärstützpunkt, Beobachtungsposten und Wühlzentrum, worein sich der östliche Flüchtlingsstrom fast frei ergießt. Das gesamtdeutsche Klima fast auf alle absehbare Zeit so schlecht, und die beiden Teilstaaten haben sich bereits derart weit auseinandergelebt, daß ihre Wiedervereinigung durch direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin völlig aussichtslos erscheint. Hoffnung bietet höchstens eine Verständigung der vier beteiligten Großmächte auf Grund der Neutralisierung eines wiederzuvereinigenden Deutschland, wie sie der (neuerdings verbesserte) Plan des polnischen Außenministers Rapacki ins Auge faßt – und dazu sagt man aber in Bonn wie in Washington, London und Paris nur immer wieder Nein, Nein, Nein!

Frankreich – Kleineuropa In Paris, wo man den dreimaligen Einbruch deutscher Armeen in französisches Land, wie er im Laufe von 70 Jahren geschehen ist, nicht vergessen hat und von einer neuen eigenen Großmachtstellung träumt, hat man zudem Grund, ein wiedererstehendes Alldeutschland überhaupt nicht zu wünschen, doppelt nicht, solange die Fünfte Republik noch in den Kinderschuhen steckt. Ob sie ihnen je entwachsen und sich im Innern und nach außen befestigen wird, steht sowieso noch ganz dahin. Die Volksabstimmung vom 28. September, die das neue Regime begründen sollte, war ja ein vollendeter Schwindel, und die «*Wahlen*» vom 23. und 30. November können erst recht nur als zynischer Betrug bezeichnet werden. Die raffinierte Wahlkreisgeometrie und ein Wahlsystem, das aller Gerechtigkeit Hohn spricht, haben zwar ihre Wirkung getan; die Regierungskoalition de Gaulles ist triumphierender Sieger geblieben, und die linksbürgerlich-unabhängig sozialistisch-kommunistische Opposition ist regelrecht niedergetrampelt worden. Aber was für ein Zerrbild von Volksvertretung ist doch dabei herausgekommen! Frankreich hat den östlichen Diktaturstaaten in dieser Beziehung wahrlich nicht mehr viel vorzuwerfen, auch wenn sich der Wahlkampf scheinbar in ebenso «freier» Luft abspielte, wie das bei «gesamtdeutschen freien Wahlen» der Fall wäre. In Bonn wird man die Technik der Massenverführung, die de Gaulles Wahlmacher mit soviel Erfolg gemeistert haben, sicher mit größtem Eifer studieren . . .

Von einem erneuerten Frankreich zu reden, verbietet jedenfalls schon der allergewöhnlichste Anstand. Die alten Routiniers der Vierten Republik, die Pinay, Mollet, Pflimlin, Bidault, Reynaud usw., geistern auch wieder in der Fünften Republik herum, verstärkt durch die Nutznießer des Staatsstreiches vom 13. Mai, zu denen nicht zuletzt die 70 algerischen Abgeordneten gehören, die nicht das algerische Volk,

sondern allein die Obersten, Kolonialinteressenten und Rassenhetzer vertreten. Soweit ist es mit einem Frankreich gekommen, das kein Mark mehr in den Knochen und keine große Idee mehr im Herzen hat, das einzig noch Ruhe und Sicherheit begehrt – und daran zugrunde zu gehen droht!

Die Taten des «neuen» Systems – sie werden bös genug sein – wird man natürlich abwarten müssen. *Eine* Leistung hat es allerdings schon vollbracht: die Torpedierung der «Europäischen Wirtschaftseinheit», die aus den sechs Mitgliedstaaten des «Gemeinsamen Marktes» unter Angliederung einer loseren «Freihandelszone» (mit eigenen Zolltarifen gegenüber allen Drittländern) aufgebaut werden und am 1. Januar 1959 in Kraft treten sollte. Unter sehr lebhafter Beteiligung der Schweiz werden zwar gegenwärtig Rettungsversuche gemacht, die schließlich zu irgendeinem, wenn auch nur formalen Erfolg führen mögen. Es ist aber aufs neue offenbar geworden, welches Interessenchaos in diesem kapitalistischen Kleineuropa herrscht, in dem jeder der Konkurrent und Feind des andern ist. Der wirtschaftliche Unterbau *dieser* Art Einheitseuropa entspricht eben in seiner Brüchigkeit durchaus der Fehlkonstruktion des politischen Überbaus; im besonderen dürfte es mit dem katholisch beherrschten Kleineuropa (Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Österreich), dem sich dann auch Spanien und Portugal anschließen könnten, noch gute Weile haben. Der neugewählte Papst Johannes XXIII., der vor allem Seelsorger sein will und eher nach links neigen soll, dürfte darüber zwar kaum unglücklich sein, während ja Pius XII. ein ausgesprochen politischer Papst (wenn auch durchaus kein wirklicher Friedenspapst) war und unermüdlich für ein klerikalisiertes Westeuropa arbeitete. Aber daß die römische Kurie und die ihr gleichgeschalteten Kräfte an ihrem Plan dennoch ungebrochen festhalten werden, unterliegt keinem Zweifel. Rom denkt in Jahrhunderten.

Der Zug zur Diktatur Während Westeuropa in der Welt immer mehr an Gewicht verliert, nimmt die Bedeutung der jungen Staaten des Ostens und Südens unaufhaltsam zu. Überraschend schnell machen sich jetzt namentlich die afrikanischen Kolonialländer frei. Das kleine Guinea hat sich bei der Volksabstimmung vom 28. September von Frankreich unabhängig erklärt und steht nun im Begriff, sich mit Ghana (der früheren Goldküste) zusammenzuschließen, wobei freilich noch nicht klar ist, ob die neue Union ein Glied des britischen Staatenverbandes sein wird. Auf jeden Fall betrachtet sie sich als Kern der kommenden Vereinigten Staaten von Westafrika, denen sicher auch Französisch-Kamerun, Togoland und besonders Nigeria beitreten werden. Nigeria wird schon im Oktober 1960 unabhängig werden, womit auf einen Streich die Hälfte des bisherigen britischen Kolonialreiches verschwinden wird, das jetzt 70 Millionen Einwohner zählt, in zwei Jahren aber nur noch 34 Millionen

haben wird. Und die koloniale Unabhängigkeitsbewegung wird damit noch lange kein Ende haben. Eine gewaltige Entwicklung, ja eine weltgeschichtliche Umwälzung!

Gleichzeitig macht sich aber eine andere Entwicklungsrichtung geltend: der Zug zur Diktatur, der eine ganze Reihe von asiatischen und afrikanischen Staaten mit neugewonnener Unabhängigkeit erfaßt hat. In Afrika ist Ägypten schon seit sechs Jahren eine Militärdiktatur; jetzt hat – Mitte November dieses Jahres – auch im Sudan die Armee die Macht übernommen, und anderseits haben Ghana wie Guinea gegen die Oppositionsgruppen Maßnahmen ergriffen, die mit freiheitlichen Grundsätzen wenig zu tun haben. In Vorderasien hat sich Syrien dem ägyptischen Regime angeschlossen, während im Irak Monarchie und Parlament gewaltsam beseitigt wurden und im Libanon, unter formaler Belassung der Volksvertretung, der neue Präsident, General Chehab, sich diktatorische Vollmachten übertragen ließ. Die Türkei, die nie eine Demokratie war, unterdrückt neuerdings die Opposition und ihre Presse besonders rücksichtslos; Pakistan aber ist mit dem Staatsstreich von Ende Oktober dieses Jahres, der General Ayub ans Ruder gebracht hat, regelrechte Militärdespotie geworden. Der gleiche Vorgang hat sich kurz vorher in Burma und Thailand (Siam) abgespielt. Indien bleibt vorerst unter mehr oder weniger echtem parlamentarischem Regime, während Ceylon bereits nahe an eine Diktatur herangerückt ist. Indonesien steht seit der Aufstandsbewegung, die vor einem Jahr das Regime Sukarno bedrohte, unter ausgesprochener Militärherrschaft, und auch in Japan ist die politische Demokratie kaum mehr als eine schon stark erschütterte Fassade.

Was heißt das alles? Es heißt, daß, wie in Osteuropa, in China, Nordkorea und Nordvietnam, so auch in den meisten anderen Ländern, die mit der Erkämpfung ihrer nationalen Unabhängigkeit auch ihre wirtschaftliche und soziale Revolution durchzuführen begonnen haben, nicht einfach westlich-demokratische Einrichtungen auf vorkapitalistisch-primitive Lebensverhältnisse aufgepfropft werden können, vielmehr eine straff zentralistische Staatsführung, in mehr oder minder gewalttätigen Formen, unvermeidlich ist. In unseren bürgerlichen «Demokratien» will man das nicht wahr haben und klagt darüber, daß die neuen politischen Führungsschichten in den Entwicklungsländern nur Scheindemokratien aufgerichtet hätten, die «ohne genügenden Unterbau und ohne ihr wichtigstes Bauelement Freiheit und Recht zusammenbrechen» müßten (vgl. «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 3416). Dabei hat sich doch die politische Demokratie auch in Westeuropa (wie dann in Nordamerika) erst entwickeln können, nachdem die industrielle Revolution durch ein gewisses Maß materiellen Wohlstandes und Verbreiterung der Volksbildung die tragfähige Grundlage dafür geschaffen hatte. Wenn die Länder Asiens und Afrikas, wie vorher Osteuropa, wirtschaftlich und kulturell zurückgeblieben sind und darum auch keine wirkliche politische Demokratie ausbilden konn-

ten, so tragen daran die Westvölker selber größte Schuld, hat doch ihr Kapitalismus und Kolonialismus jene Länder die längste Zeit absichtlich in Rückständigkeit, Armut und Unbildung gehalten, um sie desto wirksamer ausbeuten zu können. Statt Krokodilstränen darüber zu vergießen, daß «sich diese neue Welt dem politischen Denken und den humanitär-liberalen Traditionen des atlantischen Kulturkreises entfremdet hat» («NZZ»), wäre es ehrlicher und wirklichkeitsnäher, der «fortgeschrittene» Westen würde den «zurückgebliebenen» Völkern mit einem ganz großen Entwicklungsprogramm fest unter die Arme greifen und durch rasche Industrialisierung und Modernisierung ihre Hinwendung zu politischer Freiheit und Demokratie ermöglichen. Bringt er das nicht fertig, steckt vielmehr ungezählte Milliarden weiterhin in den «kalten» und «heißen» Krieg gegen den sozialen und politischen Umsturz, dann werden wir, wie C. P. Snow im «New Statesman» (15. November) sagt, «innert einer Generation derart in Not kommen, daß daneben die russische Revolution wie eine Teegesellschaft aussehen wird».

Sozialismus – nicht mehr nötig? Inmitten des weltweiten Kampfes um eine neue, auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden aufgebaute Gemeinschaftsordnung muß man immer wieder mit Betrübnis feststellen, in wie weitem Umfang die sozialistische Bewegung des Westens als vorwärtstreibende Kraft, ja auch nur als Bundesgenosse in diesem Ringen ausgeschieden ist. Aus dem revolutionären demokratischen Sozialismus von einst ist ja mehr und mehr ein müder, satter Sozialdemokratismus geworden, der seinen Frieden mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt gemacht hat und sogar in bedenkliche Nähe der konservativ-gegenrevolutionären Mächte unserer Zeit geraten ist. Man hat, wie man meint, über Einzelfragen hinaus nicht mehr viel zu kämpfen. Man hat in der Hauptsache erreicht, was man wollte: Vollbeschäftigung, gute Löhne, kurze Arbeitszeit, soziale Sicherheit und so weiter. Armut und Arbeitslosigkeit sind im Verschwinden begriffen; die Lebenshaltung steigt sichtbar, der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten werden immer weniger, die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum setzt sich mehr und mehr durch. Wozu da eigentlich noch Sozialismus, Klassenkampf, gesellschaftliche Umwälzung? Man hat ja jetzt den Wohlfahrtsstaat oder nähert sich ihm doch immer rascher. Der Kapitalismus, so hören wir von sozialdemokratischer Seite bis zum Überdruß, ist menschlicher, anständiger, vernünftiger geworden, als er in seiner Sünden Maienblüte war, ja ein schwedischer Sozialist hat gesagt (und der Präsident der schweizerischen Sozialdemokratie hat es ihm nachgesprochen), der Kapitalismus habe «ein großes Stück Sozialismus in sich aufgenommen». Der Beweis ist also geleistet, daß es möglich ist, die Lebenslage der Arbeiterschaft auch auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend zu heben, Krisen zu ver-

meiden und die Klassengegensätze mehr und mehr aufzuheben. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien in Gemeinde und Staat ist der sichtbare Ausdruck dieser Wandlung; das ehemalige «Proletariat» ist ein vollwertiges Stück der Gesamtnation geworden, und so denkt und fühlt man eben notwendigerweise auch bewußt «national», bürgerlich, und streift die Reste marxistischer, internationalistischer und antimilitaristischer Anschauungen, die einem noch anhaften, entschlossen von sich ab.

Die Folge dieser Haltung ist, daß – wie das konservative Bürgertum selbst – auch die verbürgerlichte Arbeiterbewegung alle radikale Umgestaltung der bestehenden Ordnungen tödlich haßt und fürchtet. Wirklich sozialistische oder revolutionäre Regungen in ihren Reihen werden nicht mehr geduldet und gegebenenfalls rücksichtslos unterdrückt. Und gar dem Kommunismus wird der Kampf bis aufs Messer angesagt. Nicht in erster Linie wegen der Gewaltmittel, deren er sich bedient, um seine Ziele zu erreichen, sondern um dieser Ziele selbst willen, die eben die Umwälzung der herrschenden Ordnung in sich fassen, jener Ordnung, in der man sich so ungeheuer wohl fühlt. Gewiß, man prangert leidenschaftlich die kommunistischen Gewaltmethoden an, nimmt aber – vielleicht mit etwelchem Unbehagen – die Gewaltmethoden der bürgerlich-kapitalistischen Regierungen weitherzig-verständnisvoll an, ihre Unterdrückungsmaßnahmen, ihre Kriegsrüstungen, ja ihre Kriege und Militärexpeditionen selbst. Man denke nur an den Koreakrieg, an den Suezkrieg, an das militärische Eingreifen Amerikas und Englands in Libanon und Jordanien, an den französischen Kolonialkrieg in Algerien – lauter Unternehmungen, die in den sozialdemokratischen Parteien und ihrer Internationale weithin Unterstützung und Zustimmung gefunden haben oder zum mindesten von ihnen nur sehr lau bekämpft wurden. Ihre Verstrickung in die westmächtliche Gewalt- und Rüstungspolitik ist so stark, daß ihre Versicherungen, es gehe ihnen bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus vor allem um die Bändigung des Gewaltgeistes, keinerlei Glauben verdienen und man einfach auf eine gesinnungsmäßige Solidarität mit den Trägern und Verfechtern der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung schließen muß.

Natürlich geht das alles innerhalb der sozialdemokratischen Parteien nicht hemmungs- und widerspruchslos vor sich. Die bittere Empfindung, daß die alte Einfachheit, Gewißheit und Geschlossenheit der sozialistischen Lehre dahin ist, daß der Kampfgeist und die Kreuzfahrerglut der klassischen Periode der Arbeiterbewegung mehr und mehr einer opportunistisch-«staatsmännischen» Denk- und Handlungsweise Platz macht, diese Empfindung treibt noch immer erfreulich viele – und nicht nur ältere – Sozialdemokraten zur Auflehnung gegen eine schwachmütige, glaubenslose Führung. Und die Führung selbst gibt sich redlich Mühe, eine unsozialistische Praxis mit den immer noch zu Recht bestehenden sozialistischen Programmen zu versöhnen. «Eine

demokratische Partei», so bemerkte einmal Richard Crossman, der britische Labourpolitiker, «kann sehr selten dazu gebracht werden, eines ihrer Kernprinzipien aufzugeben, und kann es sich nie leisten, ihren Kernmythos fahren zu lassen. Die Konservativen müssen das freie Unternehmertum verteidigen, auch wenn sie tatsächlich eine staatliche Wirtschaftsplanung einführen. Eine Labourregierung muß als wahren Sozialismus Maßnahmen verteidigen, die damit sehr wenig zu tun haben. Die Aufgabe der Parteiführer ist es oft, ihre Anhänger zu überzeugen, daß die hergebrachte Politik immer noch durchgeführt wird, auch wenn dies nachweisbar nicht wahr ist.»

Das gutmütige Parteivolk läßt sich auch meistens, wenn nicht überzeugen, so doch beschwichtigen, und so kann dann allmählich auch die bisherige Partei lehre revidiert und der neuen Partei praxis angepaßt werden. Eine ähnliche Revision der Lehre hat ja schon vielfach bei denjenigen Gewerkschaften stattgefunden, die sich ehedem grundsätzlich zum Kampf gegen den Kapitalismus und für die Gemeinwirtschaft bekannten, nun aber mehr und mehr den «Wirtschaftsfrieden» und die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum «auf dem Boden der Tatsachen» verkünden und praktizieren. In den sozialdemokratischen Parteien, die durch ihre Vergangenheit stärker «belastet» sind, geht es mit der Mauserung langsamer, aber dennoch sicher vorwärts.

Verwirrung und Schwäche So bieten die sozialdemokratischen Parteien des Westens zumeist ein Bild innerer Zerfahrenheit und äußerer Ohnmacht. Die britische Labourpartei ist zwar wiederholt an der Regierungsmacht gewesen und hat unstreitig bedeutsame Reformen durchgesetzt. Sie hat vor allem den Wohlfahrtsstaat geschaffen, der bei all seinen Mängeln doch Millionen von Menschen aus Armut und Entwürdigung herausgehoben hat und auch von den Konservativen im Grunde nicht mehr angetastet werden kann. In der Außenpolitik darf sie die Freigabe Indiens, Ceylons und Burmas auf ihr Konto schreiben und vielleicht die Verhinderung einer Ausdehnung des Koreakrieges auf China dank dem Blitzflug Attlees nach Washington in dem Augenblick, als MacArthur schon zum Sprung in die Mandschurei ansetzte. Auch im Suezkrieg und in der jüngsten Orientkrise hat sie der Sache des Friedens wertvolle Dienste geleistet. Um so beklagenswerter ist ihr Ausweichen und Kompromisseln in der lebenswichtigen Frage der Atomrüstung – eine Haltung, für die nicht zuletzt das Versagen Aneurin Bevans verantwortlich ist. Bevans «Leistung» ist es jedenfalls, daß die sozialistisch gesinnte Labourlinke zerfallen ist und die Parteieinheit durchaus im Geiste der höchstens entschieden sozialreformerisch zu nennenden Mittel- und Rechtsgruppen hergestellt wurde. Die wichtigste unter den neueren Programmschriften der Labourpartei, «Ein Plan für den Fortschritt», läßt nach dem «New Statesman» (19. Juli 1958) fast nichts mehr von sozialistischem Geist verspüren; «aller Nachdruck wird dar-

auf gelegt, daß die kapitalistische Gesellschaft wirkungsvoller betrieben werden muß als unter den Konservativen ... Keynes (der bürgerliche Wirtschaftstheoretiker und -praktiker) hat den Vorzug vor Keir Hardie (dem sozialistischen Mitbegründer der Labourpartei) bekommen. Es ist ein geschichtliches Dokument, und zwar ein trauriges.» Und wiederum (23. August): «Ist es ein Wunder, daß die Partei auf den Wähler keinen klaren Eindruck machen kann und auch die tätigen Parteimitglieder nicht sicher sind, was die nächste Labourregierung tun würde und wie sie es tun würde?» Daß die Konservativen aus dieser inneren Zerrissenheit und Schwäche ihres Gegners Vorteil ziehen und sich heute fester im Sattel fühlen als je, ist nur natürlich.

Die westdeutsche Sozialdemokratie ist gegenüber der westlichen Machtpolitik freier als die Labourpartei, lehnt die militärische Aufrüstung und namentlich die atomare Bewaffnung «grundsätzlich» ab und ließ am letzten Parteitag (in Stuttgart) ihren Ersten Vizepräsidenten, Wehner, sagen, soziale Strukturwandlungen seien besser als Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Ideologie. Aber all das bleibt in der Alltagspraxis der Partei doch recht unverbindlich. Der Antikommunismus beherrscht, namentlich im Verhältnis zur ostdeutschen Republik, viel zu stark die außenpolitischen Vorstellungen, und die Rücksicht auf Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum verhindert die Partei viel zu sehr an der Klarstellung ihrer (theoretisch) sozialistischen Ziele, als daß sie gegenüber der handfesten, skrupellosen Politik des Adenauerkreises, hinter dem der verhängnisvolle Bund von Großkapital, Militarismus und Klerisei steht, wirklich aufkommen könnte.

Nicht besser steht es mit der schweizerischen Sozialdemokratie. Sie ist im ganzen ähnlichen Geistes wie ihre westdeutsche Bruderpartei, nur viel provinzialer – enger, kleinlicher, gehässiger gegen alles «Linke». Auch die Rüstungspolitik des Bürgertums, die unseren «neutralen» Kleinstaat auf einen geradezu selbstmörderischen Weg zu drängen droht, macht sie viel hemmungsloser mit als die SPD; von der Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz hält sie betonten Abstand, ja ihre «Elite», die berühmten Fünfunddreißig, bekämpft sie sogar wütend mit der Behauptung, sie sei nur ein Versuch, die «freie Welt» gegenüber den totalitären Kräften des Ostens wehrlos zu machen. Der Parteitag dieses Herbstes brachte es nicht einmal fertig, sich unzweideutig für das Volksbegehren zugunsten der 44-Stunden-Woche zu erklären; wie sollte es da anders möglich sein, als daß das maßvoll-föderalistische Sozialisierungsprogramm, das man als «Plan der Arbeit» in der Kriegszeit beschlossen hatte, sang- und klanglos versenkt wurde und von einer «Strukturwandlung», wie sie in Westdeutschland immerhin diskutiert wird, überhaupt keine Rede mehr ist? Was unter diesen Umständen die ins Auge gefaßte Programmrevision bringen wird, kann man sich denken; einen Vorgeschmack gab bereits das 1957 veröffentlichte Parteimanifest, in dem, wie die

«Neue Zürcher Zeitung» damals zufrieden feststellte, «das Wort ‚Marxismus' nicht vorkommt», dem aber das «Zeugnis einer realistischen und abgewogenen Stellungnahme zu den internationalen Entwicklungen und Ereignissen» (mit «unmißverständlicher Verurteilung des Sowjetimperialismus») ausgestellt werden müsse. Wirklich, die schweizerische Sozialdemokratie wird bald wieder regierungs- und hoffähig sein – sofern die bürgerlichen Parteien die beiden ersehnten Bundesratssessel überhaupt ernstlich freizumachen gewillt sind . . .

In Österreich hat die Sozialdemokratische Partei ihr Programm im vergangenen Frühjahr bereits revidiert. Es enthält in seiner neuen Fassung eine Reihe vernünftiger, zeitgemäßer Forderungen, gibt auch das Bekenntnis zur sozialistischen Gemeinwirtschaft keineswegs preis, ist aber mit seinem sturen Antikommunismus und seinem allzu formalen Demokratismus in wesentlichen Punkten dennoch ein Rückschritt gegenüber dem vielgeschmähten Linzer Programm von 1927, das durch den freien, aufgeschlossenen Geist eines Otto Bauer und Robert Danneberg geprägt war.

Am tiefsten ist aber – darüber braucht nicht mehr viel gesagt zu werden – die französische Sozialdemokratie gesunken. André Philip, der dann auch prompt aus der Partei ausgeschlossen wurde, hat ihr schon im Jahre 1957 in seinem Buch «Le socialisme trahi» den Prozeß gemacht und die geistige Korruption ihrer Führerschaft wie die Gesinnungslosigkeit und Schwächlichkeit des Großteils ihrer Mitglieder mit nur zuviel Recht bloßgestellt. Der sozialistische Gehalt der Partei, so konnte er zeigen, hat sich mehr und mehr verflüchtigt; an seine Stelle ist eine fortschreitende Klerikalisierung getreten, «wenn man annimmt, daß Klerikalismus jedesmal vorliegt, wenn eine Einrichtung, welcher Art sie auch sei, zum Selbstzweck wird, statt das Werkzeug des Ideals zu bleiben, das sie ins Leben gerufen hat». Philip hat sich freilich einer Täuschung hingegeben, wenn er meint, die Grundlage der Sozialistischen Partei Frankreichs sei immer noch gesund. Die Entwicklung, die sie seit dem Staatsstreich von Algier und der Machtergreifung durch de Gaulle durchgemacht hat, zeigt vielmehr, wie bis auf den Grund verderbt die Partei tatsächlich ist. Auch die Abspaltung einer kleinen Oppositionsgruppe von der molletistisch verseuchten Mehrheit wird daran nicht viel ändern; es wird einer völligen Erneuerung des französischen Sozialismus bedürfen, wenn er wieder eine maßgebende Kraft im Leben der Nation werden soll.*

Verhältnismäßig gut steht demgegenüber der italienische Sozialismus da. Ich meine nicht die Sozialdemokratische Partei Saragats, die nur noch ein Anhängsel der klerikalen Regierungspartei ist,

---

* Eine geschichtliche Darstellung des inneren Zerfalls der Sozialistischen Partei Frankreichs, die allerdings zu sehr an der Person Guy Mollets hängen bleibt, findet sich im ersten Heft einer neuen, wertvollen westdeutschen Zeitschrift, die sich «Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus» nennt. (Herausgeber Arno Peters, im Universum-Verlag, München.)

sondern die von Nenni präsidierte, wenn auch nicht mehr wirklich geleitete Sozialistische Partei Italiens. Sie hat zwar, wie die Kommunistische Partei, in den letzten paar Jahren stark an Anhängern verloren und ist ständig von inneren Auseinandersetzungen durchwühlt. Aber ihr sozialistischer Kern ist unerschüttert, nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem geistig-moralisch. Und wenn es ihr gelingt, sich innerlich von kommunistisch-sowjetischer Beeinflussung freizumachen, ohne doch (wie die Gruppe Nenni es offenbar erstrebt) eine gemeinsame Aktion von Fall zu Fall mit den Kommunisten preiszugeben und so zwangsläufig nach rechts zu rücken, so hat die Partei angesichts der dogmatischen Erstarrung der Togliatti-Kommunisten und der Unbeweglichkeit des klerikal-kapitalistischen Regimes gute Aussicht, bei der kommenden sozialen Umwälzung in Italien die Führung zu gewinnen.

Sozialismus – erst recht nötig Die sozialdemokratischen Parteien des Westens sind in einer schwierigen Lage. Sie haben den Sozialismus in der Praxis mehr oder weniger abgeschworen, wollen ihre Daseinsberechtigung aber dennoch beweisen, ohne sich offen als bloß bürgerliche Reformparteien bekennen und damit dem Kommunismus den Kampf für die gesellschaftliche Umwälzung überlassen zu müssen. So halten sie sich eben an Empfehlungen, wie sie für England beispielsweise C. A. R. Crosland in der Zeitschrift «Confluence» (Sommerheft 1958) macht, der drei Ziele nennt, die die Labourpartei nur im Kampf mit den Konservativen erreichen könne, auch wenn sich daran nicht die gleiche Begeisterung entzünden könne, wie sie früher der Kampf gegen den Kapitalismus erzeugt habe: Hebung der Lage der unterentwickelten Völker in Asien und Afrika, in denen sich heute noch arm und reich in krassen Formen gegenüberstünden; Austilgung der Reste von Armut und Lebensunsicherheit in den fortgeschrittenen Ländern sowie Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheiten im Schulwesen, in der Berufsausbildung usw.; und schließlich Durchsetzung kultureller Reformen (so im Strafrecht, in der Stellung der Frau, in Kunst und Literatur, in der Stadt- und Landplanung, gegenüber den Zensurneigungen).

Das sind alles gewiß höchst notwendige Dinge; aber einen Ersatz für die radikale Gesamtumwälzung der herrschenden Ordnungen vermögen sie um so weniger zu bieten, als ihre Durchsetzung unter Verzicht auf die Überwindung des Kapitalismus selbst großenteils unmöglich ist und sogar die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates immer bedroht bleibt, solange der Geist des Kapitalismus vorherrscht. Nehmen wir aber einmal an, daß die materiellen, wirtschaftlichen Nöte auch innerhalb der bestehenden Ordnung überwunden werden könnten, so bleibt doch der Kapitalismus und die bürgerliche Kultur- und Lebensform sittlich unerträglich. Der Erwerbs- und Gewinngeist, der dem Kapita-

lismus zugrunde liegt, der Geist der Ausbeutung der Schwachen und Gutmütigen, der Geist des materiellen Lebensgenusses und was mit ihm zusammenhängt – das vergiftet ja heillos alle unsere menschlichen Beziehungen und erschwert unerhört die Erfüllung unserer wahren Lebensaufgabe. Der Sozialismus muß darum vor allem wieder als sittliche Notwendigkeit erfaßt und verwirklicht werden. «Wird er einen rein materialistischen Charakter aufweisen», sagt durchaus zutreffend Berdiajew, «so wird für ihn die Senkung der materiellen Lebensbedingungen (und ebenso ihre Hebung durch den Kapitalismus; H. K.) zum Todesurteil; für einen nichtmaterialistischen Sozialismus aber wird die wirtschaftliche Frage nicht diese ausschlaggebende Bedeutung haben; für ihn ist es genug, daß er den Besitz und die Not gleichmäßiger verteilt und die schreienden sozialen Unterschiede aufhebt; darüber hinaus aber wird er – und das wird das Entscheidende sein – die sittliche Atmosphäre des Lebens läutern und die Beziehungen von Mensch zu Mensch brüderlicher gestalten können.»

Die Erreichung dieses Zieles setzt natürlich eine grundlegende Neugestaltung insbesondere der wirtschaftlichen Einrichtungen, der Eigentumsordnung usw. voraus, das heißt die Bekämpfung und Überwindung des kapitalistischen Regimes auf seinem eigensten Boden. Aber selbst hier, im rein wirtschaftlichen Bezirk, kann der Kapitalismus auf die Dauer nicht genügen. Seine materiellen Erfolge, so erstaunlich sie sind, ruhen auf trügerischem Grunde; Krisen und Arbeitslosigkeit, Lebensnot und Armut werden auch in den industrialisierten Ländern unter seiner Herrschaft nicht ausgerottet werden, und erst recht werden die «zurückgebliebenen» Länder nur industrialisiert und modernisiert werden können, wenn sie sich von Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus gründlich befreien – was ohne Überwindung dieser Systeme auch in der westeuropäisch-nordamerikanischen Kulturwelt nicht möglich erscheint.

Auf den Sozialismus wartet hier also eine Aufgabe, wie sie gewaltiger kaum gedacht werden kann, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß er damit auch einen entscheidenden Beitrag an die Lösung des Problems von Krieg und Frieden zu leisten hat. Ohne die grundsätzliche Ausschaltung der kapitalistischen Erwerbs- und Herrschaftskräfte aus den Völkerbeziehungen – wobei die Lahmlegung des Rüstungskapitalismus eine besonders wichtige Rolle zu spielen hat – ist eine haltbare Friedensordnung unter den Nationen undenkbar. Anderseits obliegt es gerade dem sich freiheitlich nennenden Sozialismus, den Kampf gegen den Krieg auch als entschlossensten Widerstand gegen den Gewaltgeist zu führen, als Kampf gegen die uralte Trugvorstellung, daß Völkerkonflikte durch Waffengewalt ausgetragen werden könnten. Angesichts der Drohung der Atombombe, die über unserer ganzen Welt schwebt, müßte sich der Sozialismus aus seinem tiefsten Wesen heraus heute in allen Ländern, wo er etwas zu sagen hat, der

atomaren Aufrüstung mit einer Selbstverständlichkeit entgegenwerfen, die überhaupt keine Diskussion zuließe.

Der westliche, auf seinen demokratischen Geist und seine menschheitlichen Ideale pochende Sozialismus kann sich – wir kommen immer wieder zum gleichen Schluß – seiner Pflicht, wahr zu machen, was er bekennt, also ehrlich und in vollem Ernst den Kampf gegen die Mächte des widermenschlichen, toddrohenden Mammonismus aufzunehmen und sich aus seiner Umklammerung durch die imperialistische Machtpolitik des Westens zu befreien – er kann sich dieser Pflicht nur entziehen um den Preis, daß er die geschichtliche Aufgabe, die unserem Jahrhundert gestellt ist, dem Kommunismus überlassen muß. Er könnte, wenn er seinem Wesen treu bliebe, der Welt eine bessere Lösung bieten, als es der Kommunismus vermag. Vielleicht hat er noch eine letzte Chance dazu. Schlägt er sie aus, ist er schon zu tief hinein verdorben, als daß er sich aus seinen besten Kräften und Säften zu erneuern vermöchte, dann wird er eben als Bestandteil einer überlebten Welt deren Schicksal teilen, hat aber endgültig das Recht verloren, einen Kommunismus anzuklagen, der mit seinen Mitteln die Aufgabe zu erfüllen sucht, die er selbst verraten hat.

1. Dezember *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Karl Jaspers: «Die Atombombe und die Zukunft des Menschen». Verlag Piper & Co., München 1958. 500 Seiten. Fr. 28.50.

Es war hoch an der Zeit, daß nach den Physikern, Politikern und Militärfachleuten endlich einmal kein «Fachmann», sondern ein denkender Mensch als solcher zu diesem Thema das Wort ergreife. In diesem Buche geschieht es. In dem groß angelegten Werk setzt sich Jaspers in umfassender Weise mit der völlig neuen Situation auseinander, in die die Welt durch die ungeheuerliche Tatsache der Atombombe geraten ist. Mit ihr ist die physische Vernichtung der ganzen Menschheit technisch möglich geworden. In klaren und konsequenten Gedankengängen zeigt er, daß die bisherigen Auskunftsmittel, durch die wir diese Gefahr abwenden möchten, nicht genügen. Staatsverträge, Gleichgewicht der atomaren Rüstung, Verbot oder Ächtung der Atomwaffen – das alles mag gut sein und vielleicht einen Aufschub des Unheils bewirken. Um es dauernd zu bannen, ist weitaus Größeres von uns gefordert: eine Wandlung des Menschen. «...Weil wir nunmehr, wenn wir nicht insgesamt miteinander und füreinander leben, insgesamt zugrunde gehen werden, verlangt die neue Situation eine ihr entsprechende Antwort... Es genügt nicht, neue Institutionen zu finden, uns selbst, unsere Gesinnung, unseren sittlich-politischen Willen müssen wir verwandeln.» Es muß beim Einzelnen geschehen bis hinauf zur politischen Führung, die ihr bisheriges Machtdenken überwinden muß, von der betriebsamen «alten Politik» fortschreiten muß zu einer «neuen Poli-